

Soziales Pflichtjahr

Immer wieder taucht in der öffentlichen Debatte die Idee eines sozialen Pflichtjahrs auf, vor allem für die Mädchen und jungen Frauen, und zwar immer dann, wenn sich Engpässe zeigen: wenn die Zahl der Zivildienstleistenden zurückgeht; wenn die Bundeswehr umstrukturiert werden soll; wenn es an Pflegepersonal in Krankenhäusern, Altenheimen, Behindertendiensten mangelt; wenn der Sozialetat in den Kommunen nicht mehr bezahlbar ist. Wenn in so vielen unterschiedlichen Situationen das soziale Pflichtjahr als letzte Rettung genannt wird, muß es entweder das große Wundermittel sein oder man weiß nicht ganz genau, was man mit ihm will. Daß die ganze Debatte jeweils in den Kontext der Chancengerechtigkeit bzw. der Gleichberechtigung gebracht wird, verhüllt eher die Probleme, als daß es sie auf den Punkt bringt. Vergleichbare emotionale Belastungen wecken Erinnerungen in der älteren Generation an den „Reichsarbeitsdienst“, Erinnerungen, die eher beunruhigen. Kein vernünftiger Mensch will heute auf den totalitären Mißbrauch der Dienstbereitschaft einer ganzen Generation hingewiesen werden.

Die Antwort auf die Fülle der Probleme wird dadurch nicht erleichtert, daß – wie der achte Jugendbericht der Bundesregierung vom Herbst 1990 darlegt – der Grundbegriff in der Analyse der heutigen Jugendsituation „Individualisierung“ heißt, daß man als Folge dieser Entwicklung in der Politik eine gewisse „Entsolidarisierung“ befürchtet und die neueste Jugendsoziologie den scheinbar rettenden Begriff einer „kommunikativen Individualisierung“ findet. Diese Entwicklungen weisen deutlich darauf hin, daß in der jungen Generation ein gewisses Defizit an Solidarität festzustellen ist. Dieses führt dann auch zur Forderung nach einer „sozialen Erziehung“, nicht zuletzt im Blick auf die Alterspyramide in Deutschland. Aufgrund der Überalterung und der erhöhten Lebenserwartung wird um die Jahrtausendwende ein Heer von Helfern nötig sein. Das sind die Tatsachen, die im Hinblick auf den sozialen Frieden in der Gesellschaft weder verdrängt noch unterschätzt werden dürfen.

Dennoch stellt das soziale Pflichtjahr aus einsichtigen Gründen keine Lösung für die genannten Probleme dar, wenn man alle Nachteile bedenkt, die es mit sich bringt. Es führt vor allem die jungen Frauen wieder jenen antiquierten Geschlechtsrollen zu, die man allmählich überwunden dachte, als ob nämlich die Frau aus ihrem Wesen heraus diene. 80 Prozent der Pflegearbeit im Haushalt wird sowieso schon von den Frauen geleistet und zudem nicht angemessen (auch finanziell nicht) gewürdigt. Durch verpflichtete Hilfskräfte in Krankenhäusern und Altenheimen wird die professionalisierte Kranken- und Altenpflege um ihr

Berufsprestige gebracht, und es kann dann weiterhin bei einer Unterbezahlung ihres verantwortungsvollen Dienstes bleiben. Damit aber wird der personale Engpaß in Krankenhäusern und Altenheimen wieder einmal unterschätzt, für heute eine Lösung auf die lange Bank geschoben und für die Zukunft die Wahl eines solchen Berufs durch junge Menschen eher verhindert. Ob man durch die „Pflicht“ zu einem sachlich angemessenen und subjektiv menschenfreundlichen Umgang mit Alten, Kranken und Behinderten motiviert wird, kann füglich bezweifelt werden. Zur Nächstenliebe kann man nicht abkommandiert werden. Es bedarf höherer Motivationen, um in der Alltäglichkeit Dienste der Liebe zu tun. Diese gilt es auch aus zwei weiteren Gründen zu verlangen: um die Würde der Leidenden zu achten und um jungen Menschen lebenerfüllende Erfahrungen in der Begegnung mit menschlicher Not und Grenze zu ermöglichen. Wem wäre denn am Ende geholfen, wenn sich die alten und kranken Menschen schlecht behandelt und die jungen Menschen angesichts sie überfordernder Lebensfragen alleingelassen empfänden? Das soziale Pflichtjahr stellt keine Lösung der genannten Probleme unserer Gesellschaft dar.

Gewiß muß die junge Generation auf die Probleme der Gesamtgesellschaft hingewiesen werden. Sie sollte auch über die Details der sozialen Herausforderung aufgeklärt sein. Sie wird dann gewiß den ihr zufallenden Anteil an Mitsorge und Mitarbeit übernehmen. Die vielen Einsätze junger Menschen im so bewährten Freien Sozialen Jahr, im Sonntagsdiakonat, in der Nachbarschaftshilfe, in der Jugendarbeit mit Behinderten, in der Sorge um ausländische Kinder und Jugendliche beweisen, daß diese Erwartung nicht unbegründet ist. Doch den Schwarzen Peter sollte man der jungen Generation nicht zuschieben. Diese Notsituationen testen die sozialen Einstellungen aller Altersstufen und aller Schichten in Deutschland. Sie sind der Ernstfall der Liebe. Nur im unteilbaren Miteinander aller wird sich eine humane und soziale Politik finanziell und personell verwirklichen lassen. Sie sollte allen in jeder Hinsicht „teuer“ sein.

Die Lösung der sozialen Probleme dürfte auch dann nicht eine ausschließlich finanzielle Angelegenheit sein. Die Infrastruktur der Hilfe steht zur Debatte. In ihr geht es um die Kooperation unterschiedlicher Dienste ebenso wie um das effiziente Miteinander von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Helfern. Diese sollten nicht nur zu ihrem Dienst qualifiziert sein, sondern auch ein angemessenes Entgelt erhalten. Wenn bislang im medizinischen Bereich „Dienste“ durch Apparate besser bezahlt werden als das, was an und mit Menschen getan wird, dann muß man mit Ulf Fink fragen: „Woran mag das wohl liegen? Vielleicht an jener einflußreichen politischen Philosophie, die für einen ‚gezähmten Egoismus‘ plädiert, für die Solidarität aber ein Fremdwort ist?“ Es bleibt dabei: Nur eine solidarische Antwort auf die gesellschaftlichen Herausforderungen macht ein soziales Pflichtjahr überflüssig.

R. Bleistein SJ